



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0886690

P/XIV/171 - 3. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Klärung im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) Ein klares Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus und zur sozialdemokratischen Politik	75
3 - 4	Nixon in Rußland: Fehlschlag einer Mission ? Von unserem Korrespondenten in USA	74
5 - 6	Genf in der Endphase Wie wird sich Bonn jetzt verhalten ? Günter Markscheffel berichtet aus Genf	89
7	Der "Rahmenplan" in der Diskussion Es geht um die Hebung des Standes unserer Bildung	50

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Klärung im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)

sp - Die Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die vom 30. Juli bis 1. August 1959 in Göttingen stattfand, hat die von vielen Seiten, nicht zuletzt von der Sozialdemokratischen Partei gewünschte Klarheit über den politischen Kurs des Verbandes gebracht. Die Delegierten faßten eine Anzahl wichtiger politischer Resolutionen. Sie beschlossen eine Änderung der Grundsätze und Ziele des Verbandes, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie geben damit dem neu gewählten Bundesvorstand nicht nur eine klare Anweisung für seine Arbeit, sondern auch die Möglichkeit, alle, die im SDS die Politik des demokratischen Sozialismus verzerren und differenzieren wollen, in die Schranken zu weisen.

Einmütig wurde beschlossen, die Grundsätze und Ziele des Verbandes auf der nächsten Delegiertenkonferenz neu zu formulieren. Als Grundlage dieser Neuformulierung sollen die Beschlüsse der "Sozialistischen Internationale" über "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" vom 3. Juli 1951 dienen. Die Konferenz nahm bis zur endgültigen Neufassung Änderungen der geltenden Grundsätze und Ziele gegen wenige Stimmen an, in denen sich der SDS als Teil der in Deutschland von der Sozialdemokratischen Partei geführten sozialistischen Bewegung bezeichnet, in denen der SDS jegliche Bestrebungen totalitär und autoritärer Art verurteilt und für die politische Demokratie eintritt. Über die Stellung des SDS zur politischen Demokratie heißt es im einzelnen:

"Demokratie ist Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk. Sie garantiert:

- a) Die Menschenrechte und schützt damit die persönliche Freiheitssphäre vor jedem staatlichen Eingriff.
- b) Die politischen Freiheitsrechte: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Streikrecht und Freiheit des religiösen Bekenntnisses.
- c) Volksvertretung aufgrund freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl.
- d) Konkurrenz mehrerer Parteien um die Ausübung der politischen Entscheidungsgewalt des Staates.
- e) Regierung durch die Mehrheit bei Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts der Minderheit auf Opposition.

Die Sozialisten haben stets für die Wahrung der Menschenrechte gekämpft. Die von den Vereinten Nationen angenommene Erklärung über die Menschenrechte muß in allen Ländern verwirklicht werden.

In Bekenntnis zu den oben aufgeführten Grundsätzen der politischen Demokratie sehen wir uns einig mit allen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik. Nur im Rahmen dieser Gemeinsamkeit können unterschiedliche Auffassungen über Inhalt und Zielsetzung der Politik toleriert werden.

Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser politischen Demokratie ist die Grundvoraussetzung der vom demokratischen Sozialismus angestrebten Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie.

Hieraus folgt die Pflicht aller demokratischen Sozialisten, in Gemeinschaft mit anderen Kräften die politische Demokratie gegen jene zu schützen, die sie mißbrauchen".

In den Entschlüssen der Konferenz wird u.a. eine scharfe Trennung zwischen demokratischem Sozialismus und dem Kommunismus gezogen und die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus gefordert. In einer Entschlüsselung zur Deutschland-Politik forderte die Konferenz einstimmig eine Wiedervereinigungspolitik im Sinne des Deutschlandplans der SPD. Sie mißbilligte die Entschlüssen des Frankfurter Kongresses für Demokratie, soweit sie der Politik der SPD entgegenstehen. Dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Oswald Hüller wurde mit großer Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen. Der Beschluß, daß die Mitarbeit bei "Konkret" mit der Mitgliedschaft im SDS unvereinbar sei, wurde bestätigt. Mit den Beschlüssen des Kongresses ist in wesentlichen politischen Fragen Klarheit geschaffen. Wenn damit auch noch nicht alle Spannungen innerhalb des SDS beseitigt sind, die im vergangenen Jahr entstanden, so hat der neu gewählte Bundesvorstand nun doch eine gute Basis, von der aus er mit Takt und Toleranz den Verband zu neuer, positiver Arbeit führen kann.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat erklärt, daß sie nach dieser Delegiertenkonferenz eine weitere positive Zusammenarbeit mit dem SDS anstrebe. Sie ist bereit, den neuen Vorstand nach Kräften bei seiner gewiß nicht leichten Aufgabe zu unterstützen. Sie begrüßt es vor allem, daß der Verband nach der Klärung in Göttingen nunmehr frei ist für eine sachliche Arbeit an den Hochschulen. In dieser sachlichen Arbeit müssen sich die guten Vorsätze von Göttingen bewähren.

Nixon in Rußland: Fehlschlag einer Mission ?

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, Anfang August

"Werden wir uns vorwerfen müssen, einen Jungen geschickt zu haben, um die Aufgabe eines Mannes zu erledigen?" Diese besorgte Frage ist von Walter Lippmann, Amerikas ernsthaftestem und angesehenstem politischen Journalisten, aufgeworfen worden; ihr folgten viele kritische Bemerkungen über "Amateurdiplomatie" und über die "unreifen Berater", die Nixons Verhalten in Rußland auf dem Gewissen hätten.

Es muß sogleich in aller Ehrlichkeit hinzugefügt werden, daß die meisten sonstigen Beurteilungen von Nixons Rußlandreise weniger kritisch sind als Lippmanns, - aber Enthusiasten, die von seiner Art, die freie Welt zu repräsentieren, begeistert wären, gibt es sehr wenige. Allerdings kann man noch nichts Abschließendes sagen, und überdies sieht es aus, als ob Nixon auf seinen späteren Stationen auf die russische Öffentlichkeit etwas attraktiver gewirkt hat als bei seinem verunglückten Debüt in Moskau in den öffentlichen Debatten mit Chruschtschow. Diese Dinge muß man also auch berücksichtigen, wenn man sich fragt, wie und wo die freie Welt steht, nachdem Nixon als ihr Fürsprecher aufgetreten ist.

Schicken wir zunächst voraus, daß nach allen vorliegenden Berichten - und Nixon, der ein ganzes Bataillon von Reportern mitgenommen hat, sorgte schon dafür, daß viele Berichte über seine Reise in die Welt geschickt wurden - die amerikanische Ausstellung in Moskau einen tiefen Eindruck hinterläßt und die Propagandachefs des Krenl einigermaßen nervös gemacht hat. Das war zu erwarten: während die russische Ausstellung in New York mit technischen Spitzenleistungen zu imponieren sucht, stellt das amerikanische Gegenstück gefällige Gebrauchsgüter in den Vordergrund, Waschmaschinen und Damenschuhe, Automobile und Coca Cola (mit Kostproben), Bücher und Wäsche und Fernsehgeräte und dergleichen mehr. Und es scheint auch, als ob Nixon und seine Begleiter, vor allem der burschikose und unbekümmerte Admiral Rickover, der einer der großen Atomtechniker Amerikas ist, den Typ des gelassenen, freien und ungehemmten westlichen Menschen den Russen nahe zu bringen verstanden haben. Irgendwo und irgendwie ist also unbestreitbar in der Sowjetunion ein Fenster aufgerissen oder wenigstens einen Spalt geöffnet worden.

3. August 1959

Aber das ist ein schwacher Trost, wenn man sich die geistige Unbeholfenheit und erschütternde Oberflächlichkeit ansieht, die aus Nixons Antworten, trotz seiner detaillierten Vorbereitung dazu, in seinem berühmten gewordenen Rededuell mit Chruschtschow sprach! Viele Amerikaner sind zwar sehr stolz, daß Nixon "es den Russen einmal gezeigt hat"; aber andere sahen, daß als einzige Beweise für die Überlegenheit der freien Demokratien über den totalitären Staat Nixon die besseren Waschmaschinen und die neuen amerikanischen Farb-Fernsehgeräte anzuführen wußte und von ideellen Werten, von Meinungs-, Glaubens- und Vereinsfreiheit, von freien Wahlen und öffentlicher Kontrolle über die Regierung offenbar noch nie etwas gehört hatte. Der Stoßseufzer vieler Leute: "Ein Jammer, daß nicht Adlai Stevenson anstelle Nixons dort gestanden hat", den die "New York Times" vielen Leuten in den Mund legt, ist demnach nicht unverständlich.

Propaganda war jedoch nur eine der drei Aufgaben, die sich Nixon gestellt hat - und die er bestenfalls mit halbem Erfolg zu lösen vermochte. Zwei andere Aufgaben hatte er sich vorgenommen: erstens, in ernstem Gespräch mit Chruschtschow zu versuchen, eine Basis für die Berlinkrise zu finden oder wenigstens durch einen offenen Appell an ihn dieser Krise die drohende Kriegsgefahr zu nehmen; von diesem Versuch versprachen sich die diplomatischen Experten im amerikanischen Staatsdepartement von Anfang an nicht viel (sie sahen aber ein, daß der Versuch auf jeden Fall unternommen werden muß), und sie haben offensichtlich recht behalten. Ob Nixon ernsthaft gehofft hatte, in zwei Stunden in Chruschtschows Büro zu erreichen, was Herter in Genf in drei Monaten nicht geschafft hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nixons drittes Ziel aber hat er anscheinend erreicht: das innenpolitische Ziel, sich in den Augen des amerikanischen Volkes erneut als weitgereister kühner Staatsmann darzustellen, als Vertreter Amerikas, der in der Höhle des Löwen nicht vor dem Diktator zurückgewichen ist. Es gibt auch da im Volk abweichende Ansichten, aber im allgemeinen hat er seine bisher nicht sehr solide fundierte Popularität im Lande mit seinen Moskoviter Abenteuern doch etwas festigen können. Als Diplomat und Staatsmann hat er in der Sowjetunion nichts getan und erreicht, was nicht andere amerikanische Politiker, beider Parteien, ebenfalls hätten tun können; aber das Schicksal hat nun einmal Nixon auf diese Mission geschickt und keinen seiner Rivalen innerhalb seiner Partei oder in der Opposition. Daß Nixon von dieser Schicksalsfügung persönlich und innenpolitisch zu profitieren hofft, ist sein gutes Recht, - und anscheinend dürfte ihm das in gewissen vielleicht sogar nicht unbeträchtlichem Umfange auch gelingen.

## Genf in der Endphase

Wie wird sich Bonn verhalten?

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Die letzten Tage der Außenminister-Konferenz in Genf stehen natürlich ganz im Zeichen des allgemein erwarteten Eisenhower-Chruschtschow-Treffens. Dieses Ereignis und der Besuch Nixons in Polen haben der Genfer Konferenz ihre Würze genommen, haben sie zu einer zweitrangigen Angelegenheit werden lassen. Nicht einmal die Frage, ob im Abschlußkommunique am Mittwoch irgendwelche Kompromißformeln niedergelegt werden können, ist noch interessant. Alles verhält sich hier so, wie die Schüler einer Klasse, die schon wissen, ob sie versetzt sind oder nicht und die, nur noch auf die schriftliche Bestätigung wartend, mehr oder weniger aufmerksam das Pensum erledigen. Deswegen ist es auch müßig, Spekulationen über die Frage anzustellen, ob es am Mittwoch doch noch in dieser oder jener seit neun Wochen heftig diskutierten Frage die erhoffte Einigungsformel geben könnte. Man weiß, daß jetzt sicher eine Periode großer Ost-West-Konferenzen beginnen wird und daß auf dem "Gipfel" oder auf dem "Lebengipfel" das gesamte Ost-West-Verhältnis "überholt" werden soll.

Stillschweigend wird man daher wohl auch zunächst die Berlin- und Deutschland-Frage im Sinne einer status-quo-Bestätigung behandeln und anerkennen, daß es sich hierbei um Probleme handelt, die als Symptome der permanenten Ost-West-Spannung im europäischen Raum in Erscheinung getreten sind.

Kann man unter diesen Umständen von einer "Entschärfung" der internationalen Situation sprechen? Die Frage ist schwer zu beantworten. Sieht man sie vom Standpunkt des großen Gegensatzes USA-UdSSR, dann wird man ohne weiteres mit "Ja" antworten können. Nimmt man dagegen die Froschperspektive der offiziellen Bonner Außen- und Wiedervereinigungspolitik zum Ausgangspunkt der Betrachtungen, dann sieht das Bild schon ganz anders aus.

Bonn hatte seine ganze Politik auf den Ost-West-Gegensatz aufgebaut und ist jetzt irritiert, da es sieht und spürt, daß die Atmosphäre des "Kalten Krieges" einer realen Einschätzung der Gegebenheiten in der Welt weicht.

Mit sauer-süßen Kommentaren haben daher auch Bonn und die westdeutsche Delegation hier in Genf alle Nachrichten über ein bevorstehendes Treffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow bedacht. Von der Stunde an, da etwas über die Wahrscheinlichkeit eines solchen Treffens durchsickerte, wurde man in der Umgebung Brextanos nervös, machte in Pessimismus und verkehrte keineswegs seinen Unmut über den Lauf der Dinge.

Entsprechend ist natürlich die Reaktion bei den westlichen Delegationen. Die Amerikaner zeigen eine kaum verhüllte Unlust über die Bonner Stellungnahmen; die Engländer verweisen vornehm-kühl auf "alte Illusionen", die man sich in Bonn gemacht habe; nur die Franzosen scheinen Bonn etwas in seiner Haltung bestärken zu wollen, aber aus einem ganz anderen Grunde als etwa dem der Solidarität. Paris ist

einfach "böse" auf die Amerikaner. Es hat Motive, die jenseits aller Verhandlungen hier in Genf liegen und ihren Ursprung in der Haltung der USA zum Algerien-Problem und zur möglichen atomaren Bewaffnung der französischen Armee haben.

Hartnäckig hält sich hier außerdem das Gerücht, daß Paris deswegen über Eisenhower und Nixon ungehalten ist, weil eigentlich de Gaulle eines Tages selbst die Rolle des großen Vermittlers in Moskau spielen wollte. Das dürfte sich besonders auf Polen beziehen, wo de Gaulle nach seiner damaligen Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze bereits hatte sondieren lassen, ob man eine Intensivierung der französisch-polnischen Beziehungen begrüßen werde. Der triumphale Empfang Nixons in Warschau hat de Gaulles Konzept erheblich gestört und der französischen Diplomatie eine Karte aus der Hand genommen, die - wäre Nixon nicht nach Warschau gegangen - vielleicht im Spiel der internationalen Politik hätte stechen können.

Trotz aller dieser "Hintergrundbewegungen" und trotz der Wahrscheinlichkeit, daß nach wochenlangen Verhandlungen hier in Genf keine allzu sichtbaren Ergebnisse zu erwarten sein dürften, ist das zähe Ringen der Außenminister nicht sinn- und nutzlos gewesen.

Zweifellos kann das Berlin-Problem zunächst als "entschärft" gelten, wenn es auch nicht im Sinne eines klaren Ergebnisses gelöst wurde.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit allen ihren Aspekten bleibt auf der Tagesordnung. Es wird aber sehr viel von der Haltung Bonn abhängen, ob die sicher zu erwartende "Generalbereinigung" eines Tages auf Kosten des deutschen Volkes und mit der Bestätigung der Spaltung Deutschlands und Europa endet oder mit der Einleitung von langwierigen Verhandlungen, bei denen sich Bonn endlich etwas mehr einfallen lassen müßte als bisher.

Geschieht das nicht, und würde Bonn auch in Zukunft nichts weiter tun, als sich in die Schützengräben des "Kalten Krieges" zu begeben, dann wird die Zonengrenze eines Tages zur Staatsgrenze im wahrsten Sinne des Wortes werden.

Schon in den letzten Tagen der Genfer Außenminister-Konferenz spürte man deutlich, wie lästig die Bonner Delegation den westlichen Alliierten mit der Sturheit des Denkens und Reagierens von Gestern geworden ist.

Die Genfer Konferenz wird am Mittwoch kaum "abgetrochen" werden; die Bezeichnung "Unterbrechung" dürfte richtiger sein. Es wird sicher eine neue Verhandlungsphase geben. Wenn die Regierung in Bonn diese neue Phase nicht besser ausnutzt, als diejenige zwischen der ersten und der zweiten Konferenzphase, wenn sie sich nicht konstruktiv in neue Entwicklungen einschaltet, wird sie unweigerlich eines Tages als der Störenfried dastehen.

Der "Rahmenplan" in der Diskussion

Bt.- Der "Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen" hatte vor nunmehr fast einem halben Jahr seinen "Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" der Öffentlichkeit mit dem ausdrücklichen Wunsch übergeben, sie möge diesen Plan diskutieren. Dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat auf Vorschlag seines kulturpolitischen Ausschusses den "Rahmenplan" - obwohl er durchaus nicht in allen Punkten den schulpolitischen Forderungen der SPD entspricht - begrüßt und die verantwortlichen Stellen aufgefordert, schnell im Sinne der vorgeschlagenen Reformen zu handeln.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände hat dem Deutschen Ausschuss ihre Anerkennung ausgesprochen, obgleich, wie sie erklärte, der "Deutsche Ausschuss grundsätzlich an der Dreigliedrigkeit im Aufbau unseres Schulwesens festhält".

Der "Gesamtvorstand deutscher Mittel- und Realschullehrer" hingegen hat nur einen Teil der Rahmenplan-Vorschläge begrüßt und "mit besonderer Anerkennung" festgestellt, "dass der Ausschuss an der Dreigliedrigkeit im Aufbau unseres Schulwesens grundsätzlich festhält".

Etwas eigenartig mutet die Stellungnahme des baden-württembergischen Kultusministers Gerhard Storz an, der mit Bezug auf den Rahmenplan asserts, die Schule brauche nichts mehr als Ruhe und Stetigkeit; Bildung könne "nur im individuell-persönlichen Bereich" Erfolg haben - die Reformvorschläge gehen ja gerade darauf aus, die institutionelle Grundlage für den "individuell-persönlichen Bereich" zu schaffen.

Die Bischöfliche Hauptstelle hat ihre Auffassungen in einem Schreiben an die Ständige Kultusministerkonferenz dargelegt. Sie hat die "jetzige Gestalt" des Planes kritisiert und gefordert, das Verhältnis der geplanten Reform zu den Bekenntnissen, zur Koedukation und zur Eigenart der Mädchenbildung müsse klar festgestellt werden. In der Einleitung zum Rahmenplan heisst es aber ausdrücklich, dass diese bedeutungsvollen Fragen in Empfehlungen des Deutschen Ausschusses behandelt werden sollen.

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schütz hatte im Rahmenplan "Dirigismus" erblickt. Der katholische Publizist Walter Dirks hatte wenig Zeit später im gleichen Plan keinerlei "Dirigismus" finden können. Der deutsche Philologen-Verband geht nun sogar noch weiter. Sein erster Vorsitzender, der Oberstudienrat Dr. Dederich, schreibt von bestimmter Vorschläge des Rahmenplanes, sie seien "ein zu tiefgehender Eingriff in die Befugnisse von Staat und Städten und in die Elternwünsche".

Die Philologen-Verbändler sehen in den Rahmenplan-Vorschlägen allerdings "eine Minderung der Leistung" unserer Gymnasien. Sie lehnen ihn deshalb ab. Sie haben ihre Ablehnung in eingewundenen und etwas zu hochgeschraubten Ton gekleidet. "Wir weisen den Vorwurf standespolitischer Erwägungen zurück", heisst es, "wenn wir aus sachlichen Gründen für eine neunjährige Dauer der Gymnasien eintreten". Dr. Dederich schliesst seine Erklärung folgendermassen: "Das Wort: Europa lebt von der Qualität und Deutschland von der geistigen Leistung, bleibt das oberste Gesetz unserer schulischen Vorschläge: Patriae, non nobis!". Eben weil es aber nicht um eine Gruppe, sondern um das Wohl der Jugend geht, sollte sich niemand einer Reform verschliessen, die nur dazu beitragen kann, den Stand unserer Bildung und Ausbildung auf eine zeitgemässe Höhe zu heben.

+ + +  
-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel